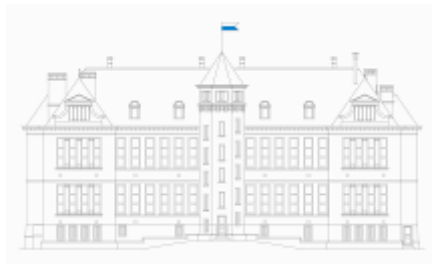


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **UNGARISCHE PRÄSIDENTSCHAFT: ZUSTIMMUNG ZUM PROGRAMM IM EP – KRITIK AM MEDIENGESETZ**

Der ungarische Ministerpräsident *Orbán* hat am 19.01.2011, wie bei der ersten Plenardebatte des Europäischen Parlaments (EP) unter neuem Ratsvorsitz üblich, das Präsidentschaftsprogramm vorgestellt. Kommissionspräsident *Barroso* und die Fraktionsvorsitzenden *Daul* (F/EVP), *Schulz* (D/S&D), *Verhofstadt* (B/ALDE), *Cohn-Bendit* (F/GRÜNE) und *Bisky* (D/Vereinigte Linke) unterstützten die Pläne. Dagegen wurde das ungarische Mediengesetz kontrovers, aber überwiegend sachlich diskutiert.

### **EP-PLENUM VOM 17. - 20.01.2011 IN STRASSBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE**

Der Präsident des Europäischen Rats *van Rompuy* und Kommissionspräsident *Barroso* berichteten über die Ergebnisse des Europäischen Rats vom 16./17.12.2010. Von den während der Plenarsitzung angenommenen Beschlüssen sind hervorzuheben: Zustimmung zur Bauproduktenverordnung, EntschlieÙung zur internationalen Adoption in der EU, EntschlieÙung zur Anerkennung der Landwirtschaft als strategischer Sektor für die Ernährungssicherheit, Zustimmung zur Richtlinie über Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung und EntschlieÙung zu einer Europäischen Initiative zur Alzheimer-Krankheit und zu anderen Demenzerkrankungen.

### **EP VERURTEILT ANSCHLÄGE AUF CHRISTEN UND FORDERT SCHUTZ DER RELIGIONSFREIHEIT**

In einer EntschlieÙung zur Lage der Christen im Zusammenhang mit der Religionsfreiheit verurteilt das EP die jüngsten Angriffe auf christliche Gemeinden in mehreren Ländern, insbesondere im Irak und in Ägypten, und zeigt sich besorgt, dass Intoleranz und Unterdrückung gegenüber christlichen Gemeinden zunehmen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0021+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



## **DEBATTE ZUR UNGARISCHEN PRÄSIDENTSCHAFT UND ZUR DONAU-STRATEGIE IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG BRÜSSEL**

Die Prioritäten der ungarischen Ratspräsidentschaft 2011 und die europäische Strategie für den Donauroaum standen am 24.01.2011 im Mittelpunkt einer Veranstaltung in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU in Brüssel, zu der die Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, *Emilia Müller* und der Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw), *Randolf Rodenstock*, eingeladen hatten.

<http://www.bayern.de/Veranstaltungen-1417.10337497/index.htm>

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

## **EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE RÜGT RÜCKFÜHRUNG VON ASYLBEWERBERN NACH GRIECHENLAND**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat in einem am 21.01.2011 verkündeten Grundsatzurteil die Rückführung von Asylbewerbern nach Griechenland gerügt, nachdem Belgien einen Asylbewerber in Anwendung der Dublin-II-Verordnung nach Griechenland abgeschoben hatte, obwohl in Belgien die katastrophalen Zustände griechischer Auffanglager bekannt waren. Nach dem Richterspruch hat die Kommission zu einer raschen Vereinheitlichung des Asylrechts aufgerufen.

<http://cmiskp.echr.coe.int/tkp197/view.asp?item=1&portal=hbkm&action=html&highlight=30696/09&sessionid=65611201&skin=hudoc-en>

## **RAT STIMMT VISAERLEICHTERUNG UND RÜCKÜBERNAHME-ABKOMMEN EU-GEORGIEN ZU**

Am 18.01.2011 hat der Rat ein Visaerleichterungs- sowie ein Rückübernahmeabkommen mit Georgien förmlich angenommen. Beide Abkommen werden zum 01.03.2011 in Kraft treten.

## **BEITRITT BULGARIENS UND RUMÄNIENS ZUM SCHENGENRAUM VERSCHIEBT SICH AUF UNBESTIMMTE ZEIT**

Vor dem Innenausschuss des EP erklärte der derzeitige Vorsitzende, der ungarische Innenminister *Sandor Pintér*, am 25.01.2011, Bulgarien erfülle derzeit noch nicht alle Anforderungen an den Landesgrenzen. Da es an der rumänisch-bulgarischen Grenze keine Kontrollen gebe, müssten beide Länder



gleich behandelt werden. Die bulgarische Regierung habe Nachbesserungen bis März versprochen. Der Beitritt könne dann frühestens im Oktober erfolgen.

### **BAUPRODUKTE: NEUE REGELN ZUR KENNZEICHNUNG GEFÄHR- LICHER SUBSTANZEN**

Das EP hat am 20.01.2011 die Verordnung zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten (Bauproduktenverordnung) angenommen. Die Verordnung sieht vor, dass Bauprodukte mit gefährlichen Inhaltsstoffen künftig genau gekennzeichnet werden müssen, um die Gesundheit und Sicherheit von Bauarbeitern und anderen Verwendern zu schützen. Der Rat muss die Verordnung noch förmlich annehmen. Viele der Regeln müssen erst ab dem 01.07.2013 angewendet werden, um den Unternehmen Zeit zur Anpassung zu geben (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0004+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-8>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

### **ERÖFFNUNG DER KONSULTATIONEN ÜBER ALTERNATIVE VERFAHREN ZUR STREITBEILEGUNG**

Am 18.01.2011 startete die Kommission eine Konsultation für Verfahren zur alternativen Streitbeilegung (ADR). Deren Ziel ist es, das Vertrauen der Verbraucher beim Einkauf im Binnenmarkt zu stärken, indem dafür gesorgt wird, dass Streitfälle problemloser, schneller und kostengünstiger außergerichtlich beigelegt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/45&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

### **EP FORDERT STÄRKERE KOORDINIERUNG BEI KINDESADOPTIONEN**

Mit breiter Mehrheit hat das EP am 19.01.2011 eine Resolution verabschiedet, die die stärkere Koordinierung der Adoptionsverfahren in den Mitgliedstaaten an den internationalen Maßstäben zur Kindesadoption fordert.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0013+0+DOC+XML+V0//DE>



## **CHINA KÜNDIGT STÄRKERE BEMÜHUNGEN IM KAMPF FÜR URHEBER-RECHTE AN**

Die staatliche Zeitung „China Daily“ berichtete am 17.01.2011, dass die chinesische Regierung stärker gegen Online-Piraterie vorgehen möchte.

[http://german.china.org.cn/business/txt/2011-01/13/content\\_21730789.htm](http://german.china.org.cn/business/txt/2011-01/13/content_21730789.htm)

## **ZWEITE PRÜFUNG FÜR PATENTVERGLEICHE IN DER PHARMA-BRANCHE**

Die Kommission prüft erneut, ob sich die Pharmabranche an kartellrechtliche Vorgaben hält und die Markteinführung von Generika nicht verzögert. Ausgewählte Hersteller von Originalpräparaten und Generika wurden aufgefordert, ihre im Laufe des vergangenen Jahres geschlossenen Patentvergleiche sowie andere einschlägige Vereinbarungen in Kopie zu übermitteln.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

## **WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 18.01.2011**

Der ECOFIN-Rat hat den von der Kommission am 12.01.2011 vorgelegten Jahreswachstumsbericht diskutiert (s. ausführlich EB 01/2011). Nach Darstellung der ungarischen Ratspräsidentschaft trafen die Analyse und die von der Kommission im Jahreswachstumsbericht benannten zentralen Herausforderungen auf breite Unterstützung. Weiteres Thema war das gegen Malta laufende Defizitverfahren. Aus Sicht des Rates hat Malta ausreichende Maßnahmen getroffen, um sein Defizit wie vorgegeben im Jahr 2011 wieder auf unter 3 % des BIP zu reduzieren. Zum Vorschlag für die Neufassung der Verordnung des Rates zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Mehrwertsteuersystemrichtlinie wurde eine politische Einigung erzielt. Daneben hat der Rat seine Position zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates für den mehrjährigen Finanzrahmen 2007 - 2013 und zum Vorschlag für die ergänzende interinstitutionelle Vereinbarung zwischen EP, Rat und Kommission festgelegt. Dabei geht es um die Umsetzung des Lissabon-Vertrages im Haushaltsbereich. Dem Anliegen des EP, den bisherigen Flexibilitätsmechanismus (Änderung des Finanzrahmens um bis zu 0,03 % des BNE für unvorhergesehene Ausgaben durch Rat mit qualifizierter Mehrheit und EP) aufrechtzuerhalten, wird dabei Rechnung getragen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/11](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/11)



[8888.pdf](#)

### **KOMMISSION: SANIERUNGSKLAUSEL IM DEUTSCHEN UNTERNEHMEN- STEUERRECHT IST MIT BEIHILFERECHT UNVEREINBAR**

Nach den allgemeinen steuerlichen Vorschriften wird - vereinfacht dargestellt - ein Verlustvortrag durch eine wesentliche Änderung der Beteiligungsstruktur unmöglich. Die im Juli 2009 rückwirkend zum 01.01.2008 eingeführte Sanierungsklausel ermöglicht demgegenüber bei einem Beteiligungserwerb durch sanierungswillige Investoren unter bestimmten Voraussetzungen den Verlustvortrag. Damit wird es zahlungsunfähigen oder überschuldeten Unternehmen ermöglicht, ihre Verluste gegen die Gewinne zukünftiger Jahre zu verrechnen. Am 26.01.2011 hat die Kommission nach Anhörung Deutschlands entschieden, dass die Sanierungsklausel als staatliche Beihilfe anzusehen ist. Die Sanierungsklausel führe zu Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt, da sie wirtschaftlich schlecht dastehende Unternehmen gegenüber finanziell gesunden Unternehmen mit Verlusten bevorzuge. Deutschland wurde daher angewiesen, die nach dieser Regelung seit 01.01.2008 gewährten Beihilfen zurückzufordern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/65&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

### **KOMMISSION LEGT WEITEREN GESETZGEBUNGSVORSCHLAG FÜR DEN FINANZDIENSTLEISTUNGSSEKTOR VOR**

Am 01.01.2011 ist das Finanzaufsichtspaket in Kraft getreten. Die neuen europäischen Finanzaufsichtsbehörden, die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA), die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) und die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA) haben Anfang Januar ihre Arbeit aufgenommen. Am 19.01.2011 hat die Kommission ergänzende Änderungen an den Vorschriften über die Versicherungs- und Wertpapierregulierung vorgeschlagen, die infolge der Realisierung des Finanzaufsichtspakets notwendig geworden sind. Die Änderungen betreffen die Solvabilität II-Richtlinie für das Versicherungswesen und die Prospektrichtlinie. Die Richtlinie muss noch von Rat und EP angenommen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/49&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



### **KONSULTATION ZUR DOPPELBESTEUERUNG**

Die Kommission hat am 27.04.2010 eine öffentliche Konsultation zum Problem der Doppelbesteuerung bei grenzüberschreitenden Tätigkeiten in der EU eingeleitet. Die Ergebnisse der Konsultation hat die Kommission nunmehr veröffentlicht. Aus Sicht der Kommission ergab die Konsultation, dass die derzeitigen Instrumente zur Vermeidung von Doppelbesteuerung unzureichend sind. Die Kommission wird auf der Grundlage der Ergebnisse der Konsultation im zweiten Quartal 2011 eine Mitteilung zur Doppelbesteuerung veröffentlichen und nach umfassender Folgenabschätzung konkrete Legislativvorschläge oder Vorschläge nicht-legislativer Art unterbreiten.

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/common/consultations/tax/summary\\_report\\_consultation\\_double\\_tax\\_conventions\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/consultations/tax/summary_report_consultation_double_tax_conventions_en.pdf)

### **VERLÄNGERUNG DES MANDATS DES GEMEINSAMEN EU-VERRECHNUNGSPREISFORUMS**

Die Kommission hat am 25.01.2011 beschlossen, das Mandat des Gemeinsamen EU-Verrechnungspreisforums bis März 2015 zu verlängern. Dieses bemüht sich, für Probleme bei der Verrechnungspreisgestaltung in der EU pragmatische Lösungen zu finden. Verrechnungspreise sind Preise, die zwischen verbundenen Unternehmen, die in unterschiedlichen Mitgliedstaaten niedergelassen sind, für konzerninterne Lieferungen oder Leistungen in Rechnung gestellt werden. Die Verrechnungspreise sind von erheblicher steuerlicher Bedeutung, da sie zur Gewinnverlagerung genutzt werden können. Das neue Forum, dessen Mandat am 01.04.2011 beginnt, wird aus 16 ad personam ernannten Mitgliedern aus dem Bereich der Wirtschaft sowie jeweils einem Vertreter aus jedem Mitgliedstaat und einem Vorsitzenden bestehen. Die Kommission hat daher einen Aufruf zur Einreichung von Bewerbungen für die Vertreter der Privatwirtschaft und den Vorsitzenden des Forums veröffentlicht. Die Frist für die Einreichung der Bewerbungen endet am 25.02.2011.

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/taxation/company\\_tax/transfer\\_pricing/forum/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/company_tax/transfer_pricing/forum/index_de.htm)

### **KOMMISSION VERKLAGT ACHT MITGLIEDSTAATEN WEGEN IHRER MEHRWERTSTEUERREGELN FÜR REISEBÜROS**

Die Kommission hat am 27.01.2011 beschlossen, Finnland, Frankreich,



Griechenland, Italien, Polen, Portugal, Spanien und Tschechien beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung der Mehrwertsteuerregelung für Reisebüros zu verklagen. Die Sonderregelung für Reisebüros wurde eingeführt, um die Besteuerung von Pauschalreisen zu vereinfachen. Sie ist aus Sicht der Kommission nur auf solche Reisebüros anwendbar, die Reisenden Pauschalreisen verkaufen. Die von der Kommission verklagten acht Mitgliedstaaten setzen die Sonderregelung dagegen nicht ordnungsgemäß um, weil sie zulassen, dass sie auch auf Verkäufe zwischen Reiseunternehmen angewendet wird. Aus Sicht der Kommission kommt es dadurch zu Wettbewerbsverzerrungen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/76&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **BESCHLUSS VON EUROSTAT ZUR STATISTISCHEN ERFASSUNG VON MASSNAHMEN DER EUROPÄISCHEN FINANZSTABILITÄTSFAZILITÄT (EFSF)**

Eurostat, das statistische Amt der EU, hat am 27.01.2011 einen Beschluss über die statistische Erfassung von Maßnahmen der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) veröffentlicht. Die EFSF ist Teil des Euro-Rettungsschirms und kann bis 30.06.2013 Mitgliedstaaten des Euroraums mit finanziellen Schwierigkeiten eine Stabilitätshilfe in Form von Darlehen gewähren. Die EFSF finanziert die Darlehen durch die Emission von Anleihen, Schuldscheinen, Schuldverschreibungen, etc. Diese werden durch Bürgschaften der Euro-Mitgliedstaaten abgesichert. Werden über die EFSF Finanzhilfen gewährt, so entstehen selbstverständlich bei dem Mitgliedstaat, der die Hilfen in Anspruch nimmt, Schulden. Die von der EFSF zur Finanzierung der Finanzhilfen aufgenommenen Schulden werden nach dem Beschluss von Eurostat im öffentlichen Bruttoschuldenstand derjenigen Mitgliedstaaten des Euroraums erfasst, die sich an einer Unterstützungsaktion beteiligen, und zwar entsprechend ihres Anteils an der gewährten Garantie.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/13&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>





Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

### **KOMMISSION STELLT LEITINITIATIVE „RESSOURCENSCHONENDES EUROPA“ VOR**

Kommissionspräsident *Barroso* hat am 26.01.2011 die Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ als Teil der Strategie Europa 2020 vorgestellt. Sie bildet den Rahmen für mehrere Maßnahmen in ganz verschiedenen Politikbereichen, die eine Umstellung auf eine ressourcenschonende und kohlenstoffarme Wirtschaft befördern sollen. Die Kommission sieht hier aufgrund der langen Vorlaufzeiten von entsprechenden Investitionen raschen Handlungsbedarf. Sie identifiziert dabei sowohl Handlungsfelder, in denen Maßnahmen zu Gunsten von Ressourceneffizienz Synergien mit anderen Politikzielen (z. B. Innovationsförderung) entwickeln, als auch Bereiche, in denen widerstreitende Interessen auftreten (etwa Verlust von energieintensiven Industrien bei ungeeigneten Maßnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen). In einem Anhang benennt die Kommission eine Vielzahl spezifischer Maßnahmen, die schon im Jahr 2011 im Rahmen der Strategie vorgestellt werden sollen, die aber weitgehend bereits an anderer Stelle angekündigt waren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/63&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **EU-REGIONALPOLITIK: KOMMISSION RUFT MITGLIEDSTAATEN ZUR VERWENDUNG DER KOHÄSIONSMITTEL FÜR PROJEKTFINANZIERUNG IM BEREICH NACHHALTIGES WACHSTUM AUF**

Die Kommission hat am 27.01.2011 eine Mitteilung veröffentlicht, in welcher sie die für die Verwaltung der Kohäsionsmittel in den Mitgliedstaaten Verantwortlichen auffordert, diese Mittel zur Finanzierung von Projekten im Bereich nachhaltiges Wachstum einzusetzen. Die Mitteilung soll die die Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ der Strategie Europa 2020 unterstützen und hebt die wichtige Rolle der Regionalpolitik hervor, um die Ziele der Initiative zu erreichen. U. a. soll die Qualität der Investitionen verbessert, der Grundsatz der Energieeffizienz während des gesamten Projektzyklus angewandt und zunehmend auf umweltfreundliche öffentliche Beschaffungsverfahren zurückgegriffen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/99&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



### **KOMMISSION LEGT GRÜNBUCH ZUR MODERNISIERUNG DES MARKTES FÜR ÖFFENTLICHES AUFTRAGSWESEN VOR**

Die Kommission hat am 27.01.2011 ein Grünbuch zur Modernisierung des Marktes für das öffentliche Auftragswesen vorgelegt. Darin bittet sie interessierte Parteien mit 113 Fragen um eine Stellungnahme zu möglichen Reformen des geltenden Vergaberechts. Schwerpunkte der Kommissionsüberlegungen betreffen den Zugang der KMU zu den Beschaffungsmärkten, den Abbau von Bürokratie und die Förderung grenzüberschreitender Auftragsvergabe. Weiterhin erörtert sie eine mögliche legislative Regelung der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen (insbesondere interkommunale Zusammenarbeit) und die Nutzung des Vergaberechts für andere politische Ziele (zum Beispiel Umweltschutz, Innovation oder Sicherung sozialer Standards), etwa mit Hilfe vergabefremder Kriterien. Die Stellungnahmen zum Grünbuch können bis zum 18.04.2011 eingereicht werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/88&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION LEGT MID-TERM-REVIEW VON GALILEO UND EGNOS VOR**

Die Kommission hat am 18.01.2011 eine Halbzeitüberprüfung der beiden europäischen Satellitennavigationsprogramme GALILEO und EGNOS vorgelegt. Darin kommt sie zu dem Ergebnis, dass bei den Programmen erhebliche Fortschritte erreicht worden seien. Allerdings prognostiziert sie für die Errichtung der Infrastruktur Mehrkosten in Höhe von 1,9 Mrd. € für die nächste Finanzierungsperiode 2014 - 2020; bisher wurden die Errichtungskosten mit 3,4 Mrd. € veranschlagt. Dazu kämen etwa 800 Mio. € jährliche Betriebskosten. Im Gegenzug erwartet die Kommission ein starkes Wachstum des Marktes für Anwendungen der Satellitennavigation mit einem Jahresumsatz von weltweit rund 240 Mrd. € im Jahr 2020. Bereits heute hingen in den westlichen Ländern schätzungsweise 6 bis 7 % des BIP (etwa 800 Mrd. € in der EU) von der Satellitennavigation ab.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/42&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



## **KOMMISSION VEREINFACHT TEILNAHME AM 7. FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM INSBESONDERE FÜR KMU**

Die Kommission hat am 24.01.2011 drei Maßnahmen vorgestellt, mit denen es Forschern und insbesondere KMU erleichtert werden soll, am laufenden 7. Forschungsrahmenprogramm der EU teilzunehmen. Sie greift damit Bedenken auf, die von Beteiligten oder auch potentiellen Antragstellern geäußert worden waren. Zum einen gestattet die Kommission nun größere Flexibilität bei der Berechnung der Personalkosten, damit Empfänger von EU-Forschungsgeldern ihre üblichen Buchhaltungssysteme verwenden können, wenn sie die Erstattung durchschnittlicher Personalkosten beantragen möchten. Eine bisher teilweise notwendige parallele, zweite Buchhaltung wird damit entfallen. Zum anderen können zukünftig auch KMU-Eigentümer, die ihr eigenes Gehalt in ihrer Buchhaltung nicht ausweisen, für ihren Beitrag zur Arbeit der Forschungsprojekte eine Pauschalerstattung erhalten. Schließlich wird eine neue Lenkungsgruppe aus hochrangigen Beamten aller beteiligten Kommissionsdienststellen und Agenturen eingesetzt, welche Unstimmigkeiten bei der Anwendung der Vorschriften für die Forschungsförderung beseitigen soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/57&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **GEGENSEITIGE EVALUIERUNG DER DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE – ERGEBNISSE UND WEITERE MASSNAHMEN**

Die Kommission hat am 27.01.2011 die Ergebnisse der Evaluierung der Dienstleistungsrichtlinie vorgestellt. Sie fand im Rahmen eines „Peer Review“ statt, in dem sich verschiedene Mitgliedstaaten gegenseitig evaluiert haben, zuerst in Kleingruppen von fünf Staaten, anschließend in sog. „Plenartagungen“. Die Evaluierung hat nach Ansicht der Kommission gezeigt, dass der Binnenmarkt für Dienstleistungen in verschiedenen Bereichen eine „Baustelle“ sei. So bestünden Probleme etwa bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen, bei Anforderungen an die Rechtsform oder an Strukturen von Anteilseignern oder auch bei bestehenden Versicherungspflichten für Dienstleister. Dies betreffe insbesondere Anbieter ohne feste Niederlassung im Staat, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/96&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



### **KOMMISSION STELLT GLEICHWERTIGKEIT DER ABSCHLUSSPRÜFER-AUFSICHTSSYSTEME VON ZEHN DRITTLÄNDERN FEST UND ERLEICHTERT DAMIT INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**

Die Kommission hat am 19.01.2011 per Beschluss gemäß Artikel 46 der Richtlinie 2006/43/EG über die Abschlussprüfung die Gleichwertigkeit der Abschlussprüfer-Aufsichtssysteme von zehn Drittländern festgestellt. Damit können Mitgliedstaaten mit diesen Drittländern nun Kooperationsvereinbarungen treffen und daraufhin von Registrierungs- und Aufsichtsanforderungen der Richtlinie gegenüber Abschlussprüfern aus diesen Ländern absehen. Unmittelbare Rechte können Prüfer aus diesen Staaten aus dem Beschluss hin-gegen nicht ableiten. Bei weiteren 20 Drittländern hat die Kommission mit demselben Beschluss eine Übergangsfrist bis zum 31.07.2012 eingeräumt. Bis dahin können Abschlussprüfer aus diesen Staaten ihre Tätigkeit in der EU ohne Registrierung bei den zuständigen Behörden ausüben, sofern sie bestimmte Mindestanforderungen an die Information der Anleger in Europa erfüllen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/50&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **FINANZDIENSTLEISTUNGEN: WEITERE GESETZGEBUNGSVORSCHLÄGE ERGÄNZEN DEN RAHMEN FÜR DIE FINANZAUFSICHT IN EUROPA**

Die Kommission hat am 19.01.2011 vorgeschlagen, die Vorschriften über die Versicherungs- und Wertpapierregulierung zu überarbeiten („Omnibus II“). Der Vorschlag enthält Anpassungen der „Solvabilität-II“-Richtlinie für das Versicherungswesen (Richtlinie 2009/138/EG) und der Prospektrichtlinie (Richtlinie 2003/71/EG) an die am 01.01.2011 in Kraft getretene neue Architektur der Europäischen Finanzmarktaufsicht und regelt bestimmte Befugnisse der drei neuen Europäischen Finanzaufsichtsbehörden („ESAs“: European Supervision Authorities). Diese sollen künftig Vorschläge für technische Standards erarbeiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen nationalen Aufsichtsbehörden beilegen können. Zudem enthält der Vorschlag technische Anpassungen an die neuen aufsichtlichen Rahmenbedingungen. Rat und EP werden sich im Weiteren mit dem Vorschlag befassen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/49&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



### **NEUE BAUPRODUKTE-VERORDNUNG VOM EP GEBILLIGT**

Das Plenum des EP hat am 18.01.2011 auf Grundlage einer zuvor mit dem Rat gefundenen Einigung die Verordnung zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten angenommen. Die neue Verordnung wird die bisherige Bauprodukte-Richtlinie (89/106/EWG) ersetzen. In Zukunft müssen Bauprodukte mit gefährlichen Inhaltsstoffen genau gekennzeichnet werden. Ziel dieser neuen Verordnung ist, die Gesundheit und Sicherheit von Beschäftigten im Baugewerbe und anderen Verwendern besser zu schützen. Daneben soll die Verordnung – wie es auch schon die Bauprodukte-Richtlinie aus dem Jahr 1988 bezweckte – vereinheitlichte Informationen über Leistungsmerkmale von Bauprodukten schaffen und somit den freien Verkehr von Bauprodukten auf dem Binnenmarkt und ihre uneingeschränkte Verwendung fördern.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110118IPR11826/html/Bauprodukte-Neue-Regeln-zur-Kennzeichnung-von-gefährlichen-Substanzen>

### **EP-AUSSCHUSS STIMMT VERORDNUNG ÜBER SCHUTZKLAUSEL IM FREIHANDELSABKOMMEN EU-SÜDKOREA ZU**

Der Ausschuss für internationalen Handel (INTA) des EP hat am 26.01.2011 einer Verordnung zugestimmt, welche die Schutzklausel im Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südkorea in Unionsrecht umsetzt. Grundlage ist ein zuvor im Trilog mit dem Rat und der Kommission gefundener Kompromiss. Strittig waren bis zuletzt insbesondere die Mitwirkungsrechte des EP beim Auslösen der in der Schutzklausel vorgesehenen Mechanismen. Danach können die Präferenzzollsätze nach dem Abkommen ausgesetzt und der Meistbegünstigungszollsatz wieder eingeführt werden, wenn eine Ware in derart erhöhten Mengen und unter derartigen Bedingungen eingeführt wird, dass dem Wirtschaftszweig der Union, der gleichartige oder unmittelbar konkurrierende Waren herstellt, eine bedeutende Schädigung entsteht oder zu entstehen droht. Relevanz haben diese Schutzmaßnahmen insbesondere für den Markt der Klein-PKW.

<http://www.europarl.europa.eu/en/pressroom/content/20110124IPR12357/html/EU-South-Korea-free-trade-agree-on-the-safeguard-clause>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### **ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 24.01.2011 IN BRÜSSEL**

Auf dem Agrarrat präsentierte die ungarische Ratspräsidentschaft das Arbeitsprogramm für die nächsten sechs Monate. Dabei steht die weitere Diskussion zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bis 2020 sowie zum Milchpaket im Mittelpunkt. Der Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, *John Dalli*, erläuterte, dass das festgestellte erhöhte Bienensterben nicht einem Auslöser zuzuordnen sei. Er stellte das Maßnahmenpaket der Kommission dazu vor. Der Rat hielt die zweite politische Debatte über die Mitteilung der Kommission zur GAP bis 2020. Die Debatte war von der Präsidentschaft um die Fragestellung der „nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Klimamaßnahmen“ strukturiert, dem zweiten der Hauptziele in der Kommissionsmitteilung. Die belgische Delegation stellte die schwierige Situation am Schweinefleischmarkt dar. Kommissar *Cioloş* und ein Großteil der Mitgliedstaaten unterstützten den Vorschlag zur Eröffnung der privaten Lagerhaltung um den Markt zu entlasten. Bundesministerin *Aigner* berichtete über den aktuellen Sachstand zu Dioxinfunden in Futter- und Lebensmitteln in Deutschland. Kommissar *Dalli* würdigte ausdrücklich das deutsche Vorgehen und lobte den engen Kontakt mit den deutschen Behörden.

Ergebnisse des Agrarrats:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/118939.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/118939.pdf)

Anschließende Pressekonferenz mit Kommissar *Dalli*:

<http://video.consilium.europa.eu/index.php?pl=2&sessionno=3277&lang=EN>

### **EP: ERNÄHRUNGSSICHERHEIT DURCH EINE STARKE GEMEINSAME AGRARPOLITIK**

Am Dienstag, den 18.01.2011, forderte das Plenum des EP in Straßburg eine starke Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die der Forderung nach Ernährungssicherheit gerecht wird. In der Entschließung des EP zur „Anerkennung der Landwirtschaft als Sektor von strategischer Bedeutung für die Ernährungssicherheit“ zum Bericht von *Daciana Octavia Sârbu* (S&D, Rumänien) appelliert das EP an die Kommission, „umgehend dauerhaft wirksame, tragfähige Maßnahmen zu ergreifen, mit denen der Instabilität auf den Agrarmärkten begegnet werden kann“. Das EP „befürwortet ein energischeres Vorgehen der EU gegen das Problem der Spekulation, auch durch ein Mandat für die Aufsichts-



behörden und -gremien zur Einschränkung der Spekulation“. Die Abgeordneten halten ein weltweites System für Nahrungsmittelreserven für nützlich.

Entschließungstext des EP unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0006+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **EP-ABGEORDNETE: LEBENSMITTELSKANDALE ERFORDERN HÄRTERE STRAFEN**

Bei der Plenarsitzung in Straßburg am 17.01.2011 forderten die Abgeordneten in einer Debatte zu den Dioxin-Vorfällen in Deutschland gegenüber EU-Gesundheitskommissar *John Dalli*, dass härter gegen Unternehmen vorgegangen werden solle, die sich nicht an die Rechtsvorschriften für Lebensmittelsicherheit halten. Mitglieder des Hauses sprachen allesamt aus, dass finanzielle Strafen nicht ausreichen, sobald es Beweise für ein absichtliches Fehlverhalten gebe.

### **SCHWEINEFLEISCHKRISE WEITER VERSCHÄRFT**

Nach Aussagen von Delegationen der Mitgliedstaaten im Sonderausschuss Landwirtschaft (SAL) am 17.01.2011 haben steigende Getreidepreise und geringes Verbrauchervertrauen als Folge des Dioxinskandals die Situation auf dem Schweinefleischsektor weiter verschärft. Die deutsche Delegation betonte, dass in Deutschland aufgrund des jüngsten Dioxinskandals der Eierabsatz um 20 % und der Absatz von Schweine- und Geflügelfleisch um 10 % zurückgegangen seien.

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT JAHRESBERICHT LÄNDLICHE ENTWICKLUNG 2010**

Die Kommission hat am 11.01.2011 den Jahresbericht zur ländlichen Entwicklung 2010 veröffentlicht. Danach sind Agrarumweltmaßnahmen (23,1 %) und die Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe (11,1 %) die wichtigsten Maßnahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für die EU-27 in der derzeitigen Programmperiode.

Bericht unter:

[http://ec.europa.eu/agriculture/agrista/rurdev2010/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/agrista/rurdev2010/index_en.htm)



### **KOOPERATION ZWISCHEN EU UND RUSSISCHEM FLEISCHSEKTOR**

Am 19.01.2011 haben die Europäische Vieh- und Fleischhandelsorganisation (UECBV) und ihre russischen Entsprechungen (National Meat Association - NMA und North-West Meat Association - NWMA) ein Spitzentreffen abgehalten. Ziel war es, die Handelsbeziehungen im Fleischsektor zu stärken. Bereits im Juli 2010 fand ein entsprechendes Treffen statt. Das Thema des diesjährigen Treffens lautete „Nahrungsmittelsicherheit - ein wichtiger Faktor im internationalen Handel“. Im Jahr 2009 wurden fast 1 Mio. t Fleisch aus der ganzen Welt nach Russland importiert, wobei die EU einer der wichtigsten Handelspartner war.

### **ZEITPLAN DES VERBOTS DER KÄFIGHALTUNG VON LEGEHENNEN BESTÄTIGT**

Bei einem Treffen am 19.01.2011 in Brüssel, zu dem Vertreter der Mitgliedsstaaten sowie von Industrie-, Landwirtschafts-, Tierschutz- und Verbraucherorganisationen eingeladen waren, wurde der Zeitrahmen für die Umsetzung des Verbots von konventionellen Käfigen für Legehennen als machbar bezeichnet. Die Kommission hatte das Treffen organisiert, um den Umsetzungsstand der Richtlinie 1999/74/EG zur Festlegung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen zu diskutieren, die ab dem 01.01.2012 ein striktes Verbot der traditionellen Käfighaltung von Legehennen vorsieht.

[http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/laying\\_hens\\_de.htm](http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/laying_hens_de.htm)

### **RISIKOINDIKATOREN FÜR DEN SCHUTZ VON TIEREN BEIM TRANSPORT**

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat am 12.01.2011 ein wissenschaftliches Gutachten zum Tierschutz während des Transportes veröffentlicht. Dieses enthält Empfehlungen für den tierschutzgerechten Transport verschiedener Nutztiere und listet praktische Indikatoren und klinische Größen auf, die Veterinäre und Transporteure nutzen können, um das Wohlergehen der transportierten Tiere zu bewerten. Werden z. B. bei einem Tier eine hohe Körpertemperatur oder auffällige Atmungsgeräusche festgestellt, können diese Indikatoren verwendet werden, um die Transportunfähigkeit eines Tieres zu begründen. Die Kommission wird das EFSA-Gutachten bei der Revision der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport mitberücksichtigen. Hierzu wird sie voraussichtlich





in der zweiten Jahreshälfte 2011 einen Bericht vorlegen, der auf wissenschaftliche, soziale und ökonomische Aspekte und den Vollzug der derzeitigen EU-Vorgaben eingeht (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/doc/1966.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

### **INFORMELLER RAT DER BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALMINISTER AM 17./18.01.2011 IN GÖDÖLLÖ**

Am 17./18.01.2011 fand ein informelles Treffen der europäischen Beschäftigungs- und Sozialminister im ungarischen Gödöllö statt. Informelle Räte werden traditionell zu Beginn einer neuen Ratspräsidentschaft in dem Mitgliedstaat abgehalten, der gerade den Ratsvorsitz innehat. Sie dienen dazu, aktuelle Fragen in Bezug auf das Präsidentschaftsprogramm zu diskutieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/18&type=HTML>

### **STUDIE DES AUSSCHUSSES DER REGIONEN ZUR MOBILITÄT JUNGER FREIWILLIGER**

Anlässlich des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 hat der Ausschuss der Regionen (AdR) die Studie "Mobilität junger Freiwilliger in Europa" anfertigen lassen. Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 wurde zur Förderung der aktiven Bürgerschaft ausgerufen. Im Rahmen des Europäischen Jahres sollen zur Stärkung von sozialer Solidarität und zur Förderung der Demokratie die Voraussetzungen für ein stärkeres freiwilliges Engagement der Zivilgesellschaft geschaffen werden. Zudem soll die Freiwilligentätigkeit stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden.

<http://www.cor.europa.eu/pages/DocumentTemplate.aspx?view=detail&id=29cc402-ca21-466e-9859-4e9203d9b9ae>

### **ZEITPLAN FÜR DIE VORBEREITUNG DES EUROPÄISCHEN JAHRES FÜR AKTIVES ALTERN 2012**

Die Kommission möchte das Jahr 2012 zum „Europäischen Jahr für aktives Altern“ ausrufen. Hintergrund ist die demografische Entwicklung, die in den nächsten Jahrzehnten zu einer signifikanten Bevölkerungsalterung in Europa



führen wird. Durch das „Europäische Jahr“ soll auf das Potential älterer Menschen hingewiesen und erreicht werden, dass dieses zukünftig besser genutzt wird.

<http://www.ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=860>

### **VORLAGE EINES GRÜNBUCHS ÜBER DIE ÖFFENTLICHE AUFTRAGS- VERGABE**

*Michel Barnier*, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, legte am 27.01.2011 ein Grünbuch über die Modernisierung der öffentlichen Auftragsvergabe vor. Dieses setzt einen Konsultationsprozess in Gang, in dessen Rahmen sich die Betroffenen bis 18.04.2011 dazu äußern können, wie ihres Erachtens die geltenden Rechtsvorschriften in Bereich öffentliche Auftragsvergabe geändert werden sollten. Ziel ist es, die Verfahren zu straffen und besser an neue Herausforderungen anzupassen. Zu diesen Herausforderungen zählt nach Ansicht der Kommission neben dem effizienteren Einsatz von Mitteln auch die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Belange. So wird unter anderem die Frage aufgeworfen, ob die EU-Vergabevorschriften dahin gehend geändert werden sollten, dass auch anderen politischen Zielen, wie etwa der Innovationsförderung oder Berücksichtigung sozialer Belange, besser Rechnung getragen werden kann. Daneben wird unter anderem problematisiert, ob spezielle Vorschriften für die Vergabe sozialer Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erforderlich sind, die den spezifischen Charakter dieser Dienstleistungen in stärkerem Maße berücksichtigen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/88&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **ANNAHME DER RICHTLINIE ÜBER PATIENTENRECHTE IM EP**

Das EP hat am 19.01.2011, zweieinhalb Jahre nach Vorlage des ersten Entwurfs durch die Kommission, die Richtlinie über Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in zweiter Lesung mit klarer Mehrheit angenommen und den Regeln für die Kostenerstattung von geplanten medizinischen Behandlungen in einem anderen als dem Versicherungsmitgliedstaat damit einen klareren, gesetzlichen Rahmen gegeben. Die Richtlinie kodifiziert Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und verschafft EU-Bürgern mehr Rechtssicherheit bei der grenzüberschreitenden



Gesundheitsversorgung (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0007&language=DE&ring=A7-2010-0307>

## MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR EUROPÄISCHEN DIMENSION DES SPORTS

Am 18.01.2011 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung über „Die Entwicklung der europäischen Dimension des Sports“. Die Mitteilung beruht auf dem – durch den Vertrag von Lissabon neu geschaffenen – Art. 165 AEUV, der der EU erstmals eine Kompetenz in Sachen Sport verleiht. Inhaltlich und strukturell baut die Mitteilung auf dem Weißbuch Sport aus dem Jahr 2007 auf. Sie behandelt im Wesentlichen drei Themenkomplexe: Die gesellschaftliche Rolle des Sports, die wirtschaftliche Dimension des Sports und die Organisation von Sport. Im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Dimension des Sports werden unter anderem Maßnahmen empfohlen, die der Diskriminierung von Frauen sowie der Diskriminierung von Behinderten entgegenwirken (s. hierzu auch Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0012:FIN:DE:PDF>  
[http://ec.europa.eu/sport/news/doc/communication/swd\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/sport/news/doc/communication/swd_en.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

## UNGARISCHER RATSVORSITZ ERLÄUTERT IM EP-BILDUNGSAUSSCHUSS DIE PRIORITÄTEN SEINER PRÄSIDENTSCHAFT

Die ungarische Bildungsministerin *Rózsa Hoffmann* und der ungarische Sportminister *Attila Czene* stellten im EP-Bildungsausschuss die Prioritäten des amtierenden Ratsvorsitzes für den Bildungs- und Sportbereich vor. *Czene* kündigte an, dass die von der Kommission veröffentlichte Mitteilung zur Entwicklung der europäischen Dimension des Sports (s. u.) die Grundlage für eine Entschließung des Rates bilden werde. Bildungsministerin *Hoffmann* nannte als bildungspolitische Prioritäten die Verwirklichung der in der Europa 2020-Strategie festgelegten Bildungsziele, die Verbesserung der Qualität frühkindlicher Bildung, die Bekämpfung von Schulabbruch und die Förderung der Mobilität zu Lernzwecken.



## **BILDUNGSAUSSCHUSS DES RATES DISKUTIERT ERSTMALS ÜBER VORSCHLAG FÜR RATSEMPFEHLUNG ZUR FÖRDERUNG DER MOBILITÄT JUNGER MENSCHEN**

Auf der ersten Sitzung des Bildungsausschusses unter ungarischem Vorsitz stellte die Kommission ihren Vorschlag für die Ratsempfehlung „Jugend in Bewegung – die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“ vor. Im Vergleich zur veralteten Empfehlung zur Mobilitätsförderung aus dem Jahr 2001 halte es die Kommission nun für erforderlich, die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Beseitigung von Mobilitätshindernissen durch einen sog. Mobilitätsanzeiger zu überwachen. In der ersten Diskussion dieses Empfehlungsvorschlags im Bildungsausschuss beschränkten sich die Delegationen auf allgemeine Anmerkungen zum Entwurf. Die Kommentare und Fragen konzentrierten sich dabei überwiegend auf den Mobilitätsanzeiger und die von der Kommission geplante Beratung zur EuGH-Rechtsprechung zu den Rechten von mobilen Lernenden.

Der Kommissionsvorschlag steht unter folgender Adresse zur Verfügung:

[http://ec.europa.eu/education/yom/rec\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/education/yom/rec_de.pdf)

## **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT MITTEILUNG ZUR ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN DIMENSION DES SPORTS**

Am 18.01.2011 hat die Kommission die seit langem angekündigte Mitteilung zur „Entwicklung der europäischen Dimension des Sports“ veröffentlicht, die sowohl inhaltlich als auch strukturell auf dem Weißbuch Sport aus dem Jahr 2007 aufbaut. Vor dem Hintergrund der durch den Vertrag von Lissabon neu begründeten EU-Zuständigkeit für den Bereich des Sports (Art. 165 AEUV) hat die Kommission nun Vorschläge zu drei Bereichen erarbeitet, um die europäische Dimension des Sports zu entwickeln: zur gesellschaftlichen Rolle des Sports, zur wirtschaftlichen Dimension des Sports und zur Organisation des Sports. Zu allen drei Bereichen stellt die Kommission eine nicht abschließende Liste von Themen und Maßnahmen vor, die von der Kommission bzw. den Mitgliedstaaten aufgegriffen werden sollen. Ergänzend zur Mitteilung hat die Kommission zeitgleich ein Arbeitspapier zur Freizügigkeit im Sport veröffentlicht.

Die beiden Kommissionsdokumente finden sich im Internet unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0012:FIN:DE:PDF>



[http://ec.europa.eu/sport/news/doc/communication/swd\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/sport/news/doc/communication/swd_en.pdf)

### **GENERALDIREKTION BILDUNG UND KULTUR BIETET NEUEN E-NEWSLETTER AN**

Die Generaldirektion Bildung und Kultur bietet einen neuen E-Newsletter an, der monatlich u. a. über aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Bildung, Jugend und Sport informiert. Der E-Newsletter kann auf folgender Internetseite abonniert werden:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0012:FIN:DE:PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

### **MARIE CURIE STIPENDIEN 2011: 40 MIO. € STARTKAPITAL FÜR JUNGE FORSCHER ZU VERGEBEN**

Im Rahmen des EU-Programms der Marie-Curie-Maßnahmen werden für das Jahr 2011 über 400 Stipendien mit einem Gesamtwert von 40 Mio. € für Forscherinnen und Forscher zur Verfügung gestellt, die in diesem Jahr erstmals in einer europäischen Forschungseinrichtung eine Vollzeitstelle antreten. Durch das Marie-Curie-Programm sollen einerseits hervorragende europäische Nachwuchswissenschaftler, die derzeit im Ausland forschen, zur Rückkehr nach Europa motiviert sowie andererseits Forscher aus anderen Ländern für eine Arbeit in Europa gewonnen werden.

Informationsseite zum Marie-Curie-Programm:

<http://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/>

### **BAYERISCHE SPITZENSTELLUNG: EUROPÄISCHER FORSCHUNGSRAT VERGIBT „ADVANCED GRANTS“**

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat am 20.01.2011 zum dritten Mal seit seiner Gründung Stipendien, sogenannte „Advanced Grants“, an 266 in Europa arbeitende Spitzenforscher und ihre Forschungsgruppen vergeben. Unter allen deutschen Hochschulen, an denen insgesamt 26 Projekte gefördert werden, haben die bayerischen Universitäten mit Abstand am erfolgreichsten abgeschnitten. Mit zehn bewilligten Stipendien liegen die bayerischen Universitäten weit vor dem zweitplatzierten Baden-Württemberg mit fünf Stipendien. Die zehn ausgezeichneten Spitzenforscher – unter Ihnen auch der Physik-



Nobelpreisträger *Theodor Hänsch* - kommen von fünf bayerischen Universitäten. Neben Wissenschaftlern der beiden Münchner Universitäten LMU und TUM waren Forscher aus Würzburg, Erlangen-Nürnberg sowie Bamberg erfolgreich. Jede Forschungsgruppe erhält über die nächsten fünf Jahre hinweg zwischen 2,5 und 3,5 Mio. € für das jeweilige Forschungsvorhaben.

Hintergrundinformationen und Statistiken:

<http://erc.europa.eu>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

### **AGRARMINISTER UND KOMMISSION PRÜFEN MASSNAHMEN, UM DIOXIN IN FUTTERMITTELN KÜNFTIG ZU VERMEIDEN**

Am 24.01.2011 informierte die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, *Ilse Aigner*, auf dem Agrarrat in Brüssel über den aktuellen Sachstand bezüglich der Dioxinfunde in Futtermitteln und Lebensmitteln in Deutschland. Dabei stellte sie den von der Bundesregierung verabschiedeten 10-Punkte-Aktionsplan vor. *John Dalli*, Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik, kündigte daraufhin an, dass die Kommission in den nächsten Wochen vier konkrete Maßnahmen vorschlagen werde, um die Sicherheit in der Futtermittelkette in der EU weiter zu verbessern. Dazu zählt eine Zulassungspflicht für Betriebe, die Fette und Fettsäuren herstellen, behandeln und in Verkehr bringen, eine verbesserte Trennung von Fetten für technische Zwecke und solchen, die für die Fütterung vorgesehen sind, die Verbesserung der Dioxinüberwachung und eine Ausdehnung der Meldepflicht für positive Dioxinergebnisse auf Privatlabore.

Ergebnisse des Agrarrates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/118939.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/118939.pdf)

Anschließende Pressekonferenz mit Kommissar *Dalli*:

<http://video.consilium.europa.eu/index.php?pl=2&sessionno=3277&lang=EN>

### **EP-PLENUM VOM 17. - 20.01.2011 IN STRASSBURG – ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH GESUNDHEIT**

Das EP hat auf seiner Sitzung vom 17. - 20.01.2011 in Straßburg eine Richtlinie über die Patientenrichtlinie verabschiedet, eine Initiative zur Alzheimer-Krankheit angenommen und über den aktuellen Sachstand zu den



Dioxinfunden in Deutschland beraten.

Patientenrechte:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0007&language=DE&ring=A7-2010-0307>

Alzheimererkrankungen:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0016&language=DE&ring=A7-2010-0366>

Erklärung Kommissar *Dalli*:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/24&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Protokoll der Aussprache:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+PV+20110117+ITEM-013+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **ABFALLMANAGEMENT – KOMMISSIONSBERICHT ZUM FORTSCHRITT BEI DER VERMEIDUNG UND BEIM RECYCLING VON ABFÄLLEN**

Am 19.01.2011 hat die Kommission einen Bericht (KOM(2011) 13 endgültig) über die thematische Strategie für Abfallvermeidung und –recycling sowie ein entsprechendes Arbeitspapier vorgelegt. Demnach bestehen in den Mitgliedstaaten weiterhin große Unterschiede bei der Bewirtschaftung von Abfällen. Trotz der erfreulichen Zunahme von Abfallvermeidung und -wiederverwertung in einigen Mitgliedstaaten, ist es für die EU insgesamt noch ein langer Weg hin zu einer „Recycling-Gesellschaft“, in der Abfall effizient als Ressource genutzt wird. Während Deutschland z.B. einen Recyclinganteil von rund 70 % hat, werden in anderen Mitgliedstaaten dagegen immer noch über 90 % des Abfalls im Boden vergraben bzw. deponiert.

Fortschrittsbericht der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0013:FIN:DE:PDF>

Arbeitspapier zum Fortschrittsbericht:

<http://ec.europa.eu/environment/waste/pdf/Commission%20Working%20Doc.pdf>

Weitere Informationen zur thematischen Abfallstrategie:

<http://ec.europa.eu/environment/waste/strategy.htm>



## **KOMMISSION STELLT LEITINITIATIVE „RESSOURCENSCHONENDES EUROPA“ VOR**

Kommissionspräsident *Barroso* hat am 26.01.2011 die Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ als Teil der Strategie Europa 2020 vorgestellt. Sie bildet den Rahmen für mehrere Maßnahmen in ganz verschiedenen Politikbereichen, die eine Umstellung auf eine ressourcenschonende und kohlenstoffarme Wirtschaft befördern sollen. Die Kommission sieht aufgrund der langen Vorlaufzeiten von Investitionen in diese Richtung raschen Handlungsbedarf. Sie identifiziert dabei sowohl Handlungsfelder, in denen Maßnahmen zu Gunsten von Ressourceneffizienz Synergien mit anderen Politikzielen (z. B. Innovationsförderung) entwickeln, als auch Bereiche, in denen widerstreitende Interessen auftreten (etwa Verlust von energieintensiven Industrien bei ungeeigneten Maßnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen). In einem Anhang benennt die Kommission eine Vielzahl spezifischer Maßnahmen, die schon im Jahr 2011 im Rahmen der Strategie vorgestellt werden sollen, aber weitgehend bereits an anderer Stelle angekündigt waren (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/63&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **RISIKOINDIKATOREN FÜR DEN SCHUTZ VON TIEREN BEIM TRANSPORT**

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat am 12.01.2011 ein wissenschaftliches Gutachten zum Tierschutz während des Transportes veröffentlicht. Dieses enthält Empfehlungen für den tierschutzgerechten Transport verschiedener Nutztiere und listet praktische Indikatoren und klinische Größen auf, die Veterinäre und Transporteure nutzen können, um das Wohlergehen der transportierten Tiere zu bewerten. Werden z. B. bei einem Tier eine hohe Körpertemperatur oder auffällige Atmungsgeräusche festgestellt, können diese Indikatoren verwendet werden, um die Transportunfähigkeit eines Tieres zu begründen. Die Kommission wird das EFSA-Gutachten bei der Revision der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport mitberücksichtigen. Hierzu wird sie voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2011 einen Bericht vorlegen, der auf wissenschaftliche, soziale und ökonomische Aspekte und den Vollzug der derzeitigen EU-Vorgaben eingeht.





<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/doc/1966.pdf>

## **ZEITPLAN DES VERBOTS DER KÄFIGHALTUNG VON LEGEHENNEN BESTÄTIGT**

Bei einem Treffen am 19.01.2011 in Brüssel, zu dem Vertreter der Mitgliedstaaten sowie von Industrie-, Landwirtschafts-, Tierschutz- und Verbraucherorganisationen eingeladen waren, wurde der Zeitrahmen für die Umsetzung des Verbots von konventionellen Käfigen für Legehennen als machbar bezeichnet. Die Kommission hatte das Treffen organisiert, um den Umsetzungsstand der Richtlinie 1999/74/EG zur Festlegung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen zu diskutieren, die ab dem 01.01.2012 ein striktes Verbot der traditionellen Käfighaltung von Legehennen vorsieht (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/laying\\_hens\\_de.htm](http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/laying_hens_de.htm)

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

## **KROES FORDERT ERKLÄRUNGEN ZUM UNGARISCHEN MEDIENGESETZ – UNGARN KÜNDIGT ANTWORT IN EINER WOCHE AN**

Nach erfolgter Notifizierung des ungarischen Mediengesetzes am 14.01.2011 forderte die Kommissarin für die Digitale Agenda, *Neelie Kroes*, in einem Schreiben vom 21.01.2011 Ungarn zur Klärung einiger problematischer Punkte mit Blick auf die Menschenrechtscharta und die Meinungsäußerungsfreiheit auf (s. EB 01/11). Dabei stehen im Mittelpunkt die Einhaltung der Verhältnismäßigkeit bei der Verpflichtung zu „ausgewogener Berichterstattung“ und die insoweit korrekte Umsetzung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-RL). Überprüft werden soll auch ein Verstoß gegen die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit, da ausländische Mediendiensteanbieter durch diese restriktive und unbestimmte Regelung benachteiligt sein könnten. Auch in der neu geregelten Registrierungspflicht sieht die Kommissarin eine potentielle Gefährdung der Niederlassungsfreiheit. Zur öffentlich kritisierten regierungsnahen Zusammensetzung der neuen ungarischen Medienaufsicht äußerte sich *Kroes* jedoch nicht, da hierzu auch in der AVMD-RL keine Vorgaben enthalten seien. Ungarn wurde in dem Schreiben dazu aufgefordert, sich innerhalb von drei Wochen zu den vorgebrachten Bedenken zu äußern, andernfalls würde ein Vertragsverletzungsverfahren erwogen.



Brief von Kommissarin Kroes:

[http://www.pestlerloyd.net/2011\\_04/04eubriefBayer/EUKommission\\_Ungarn.pdf](http://www.pestlerloyd.net/2011_04/04eubriefBayer/EUKommission_Ungarn.pdf)

### **BUNDESNETZAGENTUR STELLT TELEKOM-GLASFASERNETZ UNTER AUFSICHT**

Am 24.01.2011 gab die Bundesnetzagentur bekannt, dass das von der Deutschen Telekom geplante neue Glasfasernetz für schnelles Internet unter die Aufsicht der Behörde gestellt werde. Hierzu hat sie einen Entwurf für die Regulierungsbedingungen von Glasfaseranschlüssen vorgelegt. Die Kommission hatte die nationalen Regulierungsbehörden im Sommer 2010 verpflichtet, Wettbewerbern unter angemessenen Umständen den Zugang zu Glasfasernetzen etablierter Betreiber zu öffnen (s. EB 10/09).

Weitere Informationen der Bundesnetzagentur zum Regulierungsentwurf:

<http://www.bundesnetzagentur.de/cae/servlet/contentblob/161186/publicationFile/8866/DrKonleBUGLAS20101005.pdf>

[http://www.bundesnetzagentur.de/cae/servlet/contentblob/193016/publicationFile/9911/110125\\_LetzteMeileBruessel.pdf](http://www.bundesnetzagentur.de/cae/servlet/contentblob/193016/publicationFile/9911/110125_LetzteMeileBruessel.pdf)

### **PARLAMENTARISCHER AUSSCHUSS FÜR KULTUR UND BILDUNG ZUR FREQUENZPOLITIK**

In seiner Sitzung vom 25.01.2011 tagte der Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments unter anderem zum Thema „Funkfrequenzpolitik“ (s. EB 18/10). *Petra Kammerevert* (MdEP, S&D) betonte, dass es sich bei den Frequenzen um ein knappes Gut handle. Ein verantwortungsvoller Umgang verlange, dass eine Öffnung weiterer Frequenzbereiche im Moment verhindert werden müsse. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne noch nicht prognostiziert werden, ob eine Öffnung der Frequenzbereiche von Nutzen sein werde, deshalb solle das Spektrum der öffentlichen und privaten Rundfunkanstalten momentan noch nicht beschränkt werden.

### **ENISA STELLT BERICHT ZU VERLETZUNGEN DER DATENSICHERHEIT IN EUROPA VOR**

Die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) veröffentlichte am 14.01.2011 einen Bericht über Meldungen von Datensicherheitsverletzungen. Dargestellt werden die derzeitige Situation sowie zentrale



Problembereiche der Betreiber von Telekommunikationseinrichtungen und der für Datenschutz zuständigen Behörden (Data Protection Authorities, DPA). Die Diskussion über das Sicherheitsniveau kam kürzlich durch verlorengangene persönliche Daten in Europa wieder in Gang. Die Berichtspflicht fußt auf der EG-Richtlinie zur e-Privacy (2002/58/EG). Dadurch soll langfristig die Datensicherheit in Europa verbessert werden.

Der ENISA – Bericht ist hier abrufbar:

<http://www.enisa.europa.eu/act/it/dbn/>